



Erneuerbare Energien

Aiwanger: "Bayern packt an - bis zu 250 Anträge täglich für PV-Speicher-Programm"

29. Oktober 2021

MÜNCHEN Das von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger vor zwei Jahren ins Leben gerufene Förderprogramm für neue PV-Anlagen in Verbindung mit einem Batteriespeicher ist ein voller Erfolg. Jeden Tag gehen zahlreiche Anträge ein, am ersten Oktober stellten 250 Personen einen Förderantrag, seit Herbst 2019 mittlerweile rund 60.000. „Das zeigt: Die Energiewende ist in der Bevölkerung angekommen und sinnvolle Programme werden angenommen“, erklärt Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger, der das Förderprogramm für private Hausbesitzer im August 2019 aufgesetzt hat.

„Im Sonnenland Bayern lohnt sich die Investition in PV-Anlagen samt Speicher, vor allem vor dem Hintergrund der steigenden Energiekosten“, sagt der Staatsminister. Die Erfahrung zeigt, dass viele Hausbesitzer, die über eine eigene PV-Anlage nachdenken, durch das Förderprogramm den Anstoß bekommen, auch wirklich in eine Anlage zu investieren.

Die für einen Zuschuss geforderte Mindestkapazität des Batteriespeichers beträgt 3 kWh, die Förderung hierfür beträgt 500 Euro. Für jede weitere Kilowattstunde erhöht sich der Förderbetrag um 100 €, vorausgesetzt die Leistung der PV-Anlage in kW_p entspricht jeweils mindestens der Kapazität des Batteriespeichers. Die maximale Fördersumme beträgt 3.200 Euro, die für Batteriespeicher ab 30 kWh gewährt wird.

Seit dem Programmstart sind bereits über 60.000 Anträge elektronisch eingegangen. „Damit konnte bereits eine Neuinstallation von über 400.000 kW_p Dach-PV-Anlagen und über 400.000 kWh Batteriespeicherkapazität angestoßen werden“, so der Staatsminister.

Der 2021 noch einmal enorme Anstieg der Antragszahlen um 60 Prozent machte es sogar notwendig, Monatskontingente einzuführen und das Programm jeweils am

Monatsende für einige Tage pausieren zu lassen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist es aber dadurch möglich, das Programm grundsätzlich offen zu halten und nicht für längere Zeit schließen zu müssen. Auch im November sind dadurch wieder 3.000 neue Anträge möglich. „Wir werden bis zum Ende der Legislaturperiode die Marke von 100.000 Anträgen knacken, vorausgesetzt, es stehen ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung“, stellt der Staatsminister fest.

Ansprechpartnerin:
Katrin Nikolaus,
stv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 405/21